

FDP bleibt beim Soli hart

Fraktionschef Brüderle hat ein Modell zur Kürzung des Sonderzuschlags rechnen lassen. Er geht damit auf Gegenkurs zu Finanzminister Schäuble.

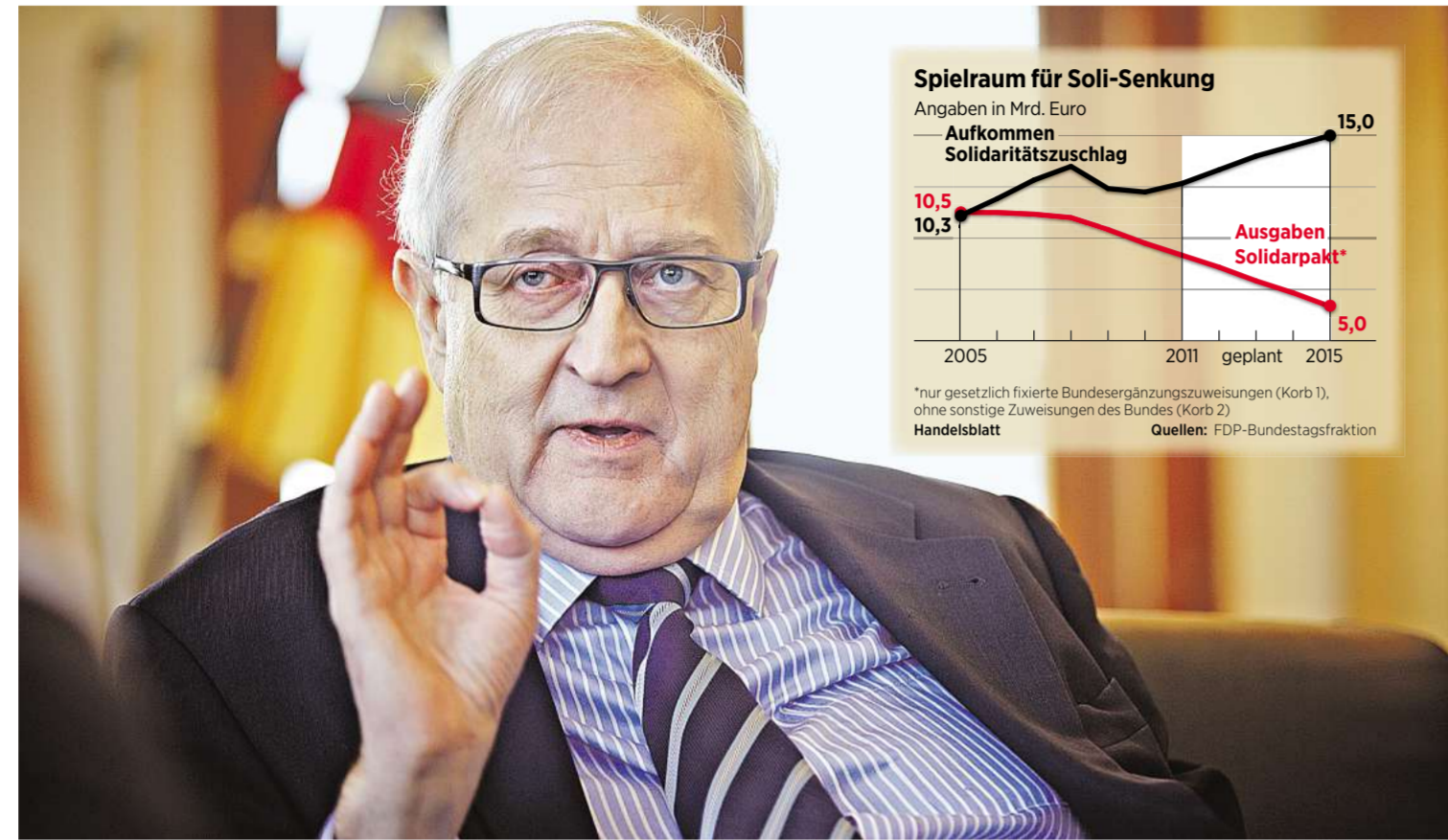
Thomas Sigmund
Berlin

Die FDP will im Koalitionsstreit um die Senkung des Solidaritätszuschlags nicht nachgeben. Das geht aus internen Berechnungen der Bundestagsfraktion hervor, die dem Handelsblatt vorliegen. Danach wird Fraktionschef Rainer Brüderle beim Koalitionsgipfel am Sonntag darauf drängen, den Soli so zu reduzieren, dass kleine und mittlere Einkommensbezieher entlastet werden.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erteilte gestern einer solchen steuerlichen Entlastung der Bürger eine klare Absage. Wer kleine und mittlere Einkommen entlasten wolle, dürfe nicht beim Soli anfangen, sagte Schäuble. Dort gebe es eine Freigrenze, so dass wirkliche Kleinverdiener ihn gar nicht zahlen, sagte der Finanzminister.

FDP will Freibetrag erhöhen

Aus Sicht Brüderles kein nachvollziehbares Argument. Bisher gibt es beim Solidaritätszuschlag eine Freigrenze bei der Steuerschuld, die bei 972 Euro für Singles und 1944 Euro für Verheiratete liegt. „Diese Freigrenzen könnten angehoben werden, so dass die von den heimlichen Steuererhöhungen besonders betroffenen Einkommensgruppen keinen Solidaritätszuschlag bzw. nur noch einen sehr geringen Solidaritätszuschlag zahlen“, heißt es in dem FDP-Papier. Bis zu welchem Betrag die Freigrenzen anzu-



Rainer Brüderle: Der FDP-Fraktionschef will beim Thema Steuersenkung einer Niederlage im Bundesrat vorbeugen.

heben seien, um eine Entlastung von rund vier Milliarden Euro zu gewährleisten, müsse das Finanzministerium bis zum Koalitionsgipfel berechnen, verlautete aus der Fraktion. Das mögliche Argument Schäubles, eine Korrektur des Soli würde nur den Besserverdienenden zugutekommen, sei mit der Anhebung der Freigrenzen entkräftet, heißt es. Für geringfügige Beschäftigten würde vom Solidaritätszuschlag eine Pauschalsteuer von zwei Prozent erhoben, heißt es weiter in dem Papier.

Brüderle will mit seiner Argumentation auch einer Niederlage im Bundesrat bei der bevorzugten Variante der Koalition zur Steuersenkung vorbeugen. Schäuble und Wirt-

schaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatten ein Konzept vorgelegt, das über Tarif-Anpassungen eine Korrektur bei der sogenannten kalten Progression vorsieht. Der Effekt tritt immer dann auf, wenn die Löhne in Höhe der Inflationsrate steigen, der Fiskus danach aber umso mehr bei den Arbeitnehmern zulandt.

Konzept von Rösler und Schäuble

„Dies sind Steuereinnahmen des Staates, die der Gesetzgeber so nicht gewollt hat“, sagte Schäuble. Das Konzept von Schäuble und Rösler sieht eine Entlastung der Bürger um sechs bis sieben Milliarden Euro ab 2013 vor. Allerdings war es zum einen nicht mit der CSU abge-

stimmt. Zum anderen haben die Bundesländer bereits angekündigt, die Steuersenkung über die kalte Progression ablehnen zu wollen. Die Länderkammern müssen Änderungen an der Einkommensteuer billigen, da sie bei einer Änderung 42,5 Prozent der Ausfälle tragen.

Schäuble plädierte dagegen für Verhandlungen mit den Ländern. Diese könnten nicht ernsthaft die Position vertreten, dass sie mehr Geld von den Bürgern wollten als der Gesetzgeber geregelt habe: „Diese Diskussion führe ich mit den Ministerpräsidenten gerne“, sagte Schäuble. Sein Engagement wird aber in der FDP mit Misstrauen gesehen.

Bedenken der ostdeutschen Ministerpräsidenten zur Kürzung des

Soli halten die Steuerexperten der FDP-Bundestagsfraktion für unberechtigt. Der Solidaritätszuschlag könne abgeschmolzen werden, ohne dass die Finanzhilfen für die neuen Bundesländer in der zugesagten Höhe angetastet werden müssten, hieß es. (Grafik)

Finanzminister Schäuble betonte mit Blick auf den derzeit tagenden Arbeitskreis Steuerschätzungen, der Spielraum für Steuersenkungen sei äußerst gering. Das Ergebnis der Beratungen des Arbeitskreises wird morgen bekannt gegeben. Bereits gestern sicherte jedoch durch, das die Steuereinnahmen bis 2016 um mehr als 100 Milliarden Euro auf dann 680 Milliarden Euro steigen (Handelsblatt 2.11.2011).

Chemie testet neues Arbeitszeitmodell

Erstmals erlaubt ein Flächentarifvertrag den Arbeitnehmern flexible Anpassungen je nach Lebensphase.

Dietrich Creutzburg
Berlin

Ursprünglich ging es der Gewerkschaft IG BCE in den Verhandlungen für die 30 000 Beschäftigten in der nordostdeutschen Chemieindustrie um ein eher konventionelles Ziel: den Abbau verbleibender Ost-West-Unterschiede in den Tarifstandards. Das betrifft besonders die Arbeitszeit. Denn während im Westen seit Jahren die 37,5-Stunden-Woche gilt, sind es im Osten immer noch 40 Stunden.

Das Ergebnis, das Gewerkschaft und Arbeitgeber gestern nach einer langen Serie von Gesprächen gefunden haben, ist aber alles andere als konventionell. Stattdessen wird die Nordostchemie nun zum Vorreiter für eine neue Flexibilisierungsstrategie unter dem Stichwort „Lebensphasenorientierte Arbeitszeit“.

IG BCE spricht von Signalwirkung

Praktisch bedeutet das: Arbeitnehmer erhalten zum einen neue Freiräume, ihre Arbeitszeiten während des Berufslebens phasenweise zu verringern, etwa wenn Familienangehörige zu pflegen sind - und zwar ohne dabei drastische Gehaltsverluste zu erleiden. Zum anderen werden speziell ältere Arbeitnehmer ab 60 mit zusätzlichen freien Tagen

entlastet, bei vollem Gehalt - und mit dem Ziel, dass es sie dann umso eher bis zum regulären Renteneintrittsalter schaffen. Denn das wird ab 2012 von heute 65 Jahren schrittweise in Richtung 67 Jahre erhöht.

Beide Tarifparteien sehen darin eine beispielhafte Antwort auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels. Das neue Arbeitszeitmodell könne „Signalwirkung“ haben, sagte IG-BCE-Vorstandsmitglied Peter Hausmann. Man erschließe hier „ein neues tarifpolitisches Feld.“ Für Georg Rheinbay, Verhandlungsführer des Arbeitgeberverbands Nordostchemie, hat der neue Tarifvertrag sogar „Modellcharakter für ganz Deutschland und über die chemische Industrie hinaus.“

„Dieser Tarifvertrag hat Modellcharakter für ganz Deutschland, auch über die chemische Industrie hinaus.“

Georg Rheinbay
Arbeitgeber-Verhandlungsführer

Prinzipiell gilt im Osten auch mit dem neuen Modell die 40-Stunden-Woche als Regelfall. Doch wird sie durch zwei Elemente im Sinne der Beschäftigten gelockert: Ältere Arbeitnehmer erhalten künftig alle zwei Wochen einen zusätzlichen freien Tag; bei Schichtarbeit ist es sogar ein freier Tag pro Woche. „Wir

haben damit erstmals ein Modell für echte Teilzeitarbeit im Alter, das eben nicht einfach dem vorgezogenen Ruhestand dienen soll“, lobt Rheinbay.

Zusätzlich richten die Betriebe ab 2013 sogenannte Arbeitszeitfonds neu ein und füllen diese mit einem jährlichen Betrag von 2,5 Prozent der Jahresgehälter ihrer Beschäftigten. Aus diesen Fonds können dann etwa jene Pflegezeiten finanziert werden, bei denen Arbeitnehmer vorübergehend kürzer treten, ohne dabei in gleichem Maße auf Gehalt verzichten zu müssen. Die Details sollen jeweils per Betriebsvereinbarung geregelt werden.

Der neue Pakt läutet faktisch eine neue Stufe der Arbeitszeitpolitik ein. Ging es früher vor allem darum, Arbeitszeiten nach den Flexibilitätsbedürfnissen der Unternehmen auszurichten, so rücken dabei mit den demografisch bedingten Veränderungen am Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Arbeitnehmer mehr in den Vordergrund. Der neue Pakt für die Nordostchemie setzt dies nun erstmals auf der Ebene ei-

nes Flächentarifvertrags ganz zielgerichtet um.

Begünstigt wurde dieser Pakt allerdings durch die konkrete Verhandlungssituation im Osten. Denn gemessen an der ursprünglichen Forderung der IG BCE gab es dort am Verhandlungstisch quasi eine Arbeitszeitverkürzung zu verteilen. Anstatt diese „mit der Gießkanne“ an alle Beschäftigten auszuschütten, habe man sie nun „zielgerichtet für eine innovative Lösung eingesetzt“, analysiert Rheinbay.

Der Osten wird zum Vorreiter

Dass das neue Modell bald auch im Westen auf die Agenda kommt, scheint aber nur noch eine Frage der Zeit zu sein: Schon im Frühjahr hatten auch die Chemie-Tarifpartner auf Bundesebene den Übergang zur „Lebensphasenorientierten Arbeitszeit“ als eine ihrer tarifpolitischen Zukunftsaufgaben benannt.

Das führt nebenbei zu einer weiteren interessanten Verschiebung: Statt Ost-Tarife an West-Standards anzupassen, wie das bisher üblich war, geht die Tarifpolitik im Osten nun auf eigenen Wegen voran. Doch für Rheinbay ist das auch nur nahe-

liegend: „Der demografische Wandel ist hier schon zehn bis 15 Jahre weiter als im Westen.“

IG Metall spricht sich vor der Tarifrunde Mut zu

HAMBURG. Wenige Monate vor Beginn der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie demonstriert die IG Metall trotz Euro-Krise und Konjunktursorgen Selbstbewusstsein. „Die IG Metall kann der Tarifrunde 2012 mit Zuversicht entgegen-treten“, sagte Gewerkschaftschef Berthold Huber am Mittwoch in Hannover. Die Bilanzen der Unternehmen für das Jahr 2011 seien glänzend. Die gesamtwirtschaftliche Lage bleibe allerdings unsicher, schränkte er ein: „Es gibt keinen Grund, sich schon jetzt auf kräftige Einkommensverbesserungen zu freuen, noch gibt es Grund für vorauseilende Bescheidenheit.“

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wollte sich dazu nicht äußern. Die Tarifverträge für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Branche enden am 31. März. Zwei Monate später läuft auch der Tarifvertrag für die 95.000 Beschäftigten bei Volkswagen aus. Ihre Entgeltforderung will die Gewerkschaft für beide Bereiche am 23. Februar präsentieren.

Parallele Verhandlungen seien derzeit nicht geplant, sagte ein Gewerkschaftssprecher. Die Verhandlungen in der Metallindustrie beginnen frühestens im März, die bei VW frühestens im Mai.

„Begräbnis-Szenario“ lastet auf Durban-Gipfel

Klimaforscher Ottmar Edenhofer warnt in einem Appell an die Industrie- und Schwellenländer vor einem Scheitern des Weltklimagipfels.

Klaus Stratmann
Berlin

Führende Wissenschaftler halten einen Erfolg des Weltklimagipfels in Durban für nahezu ausgeschlossen. Für den Verlauf des Gipfels stelle vielmehr ein „Begräbnis-Szenario“ die wahrscheinlichste Variante dar, sagte Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), dem Handelsblatt. „Das Weltklimasekretariat UNFCCC könnte die Begräbnisfeier nutzen, um einen neuen Fahrplan für die künftigen Verhandlungen zu erfinden“, sagte Edenhofer.

Auf dem Ende November in Südafrika beginnenden Gipfel besteht theoretisch die letzte Chance, ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu schließen. Das Abkommen schreibt die Reduktion von Treibhausgasemissionen für eine Reihe von Industriestaaten verbindlich vor. Nach dem gescheiterten Weltklima-

gipfel Ende 2009 in Kopenhagen und dem allenfalls mäßigen Erfolg des Gipfels von Cancun im vergangenen Jahr sind die Aussichten für einen Erfolg in Durban jedoch gering. Ein Auslaufen des Kyoto-Protokolls ohne nahtlosen Übergang zu einer Anschlussregelung bedeutete für den weltweiten Klimaschutz einen herben Rückschlag.

Aus Sicht Edenhofers ist es „völlig unrealistisch“, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf ein neues Abkommen mit verbindlichen Reduktionszielen festlegt. Japan, Russland und Kanada hätten bereits eine zweite Verpflichtungsperiode ausgeschlossen, solange sich China und die USA nicht bewegen. Dass aber China und die USA noch Zugeständnisse machten, liege „fernab jeder Realität“, prognostizierte Edenhofer. Damit ein „Wunder-Szenario“ überhaupt eintreten könne, müsse sich zunächst die EU zu neuen Reduktionszielen verpflichten. Die EU zeige jedoch

„derzeit kaum Bereitschaft, voranzugehen“.

Edenhofer ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe III des Weltklimarats (IPCC). Er zählt zu den einfluss-



Ottmar Edenhofer: Der Ökonom fordert den Abbau von Subventionen für fossile Energieträger.

reichsten deutschen Wissenschaftlern in der Klimaschutz-Debatte. Seine Forschung hatte großen Einfluss auf einige Kapitel des Stern-Reports. Der 2006 veröffentlichte Bericht des früheren Weltbank-Ökonomen Nicholas Stern hat die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

Neben dem „Begräbnis-Szenario“ und dem höchst unwahrscheinlichen „Wunder-Szenario“ hofft Edenhofer nun auf das grundsätzlich denkbare „Verschiebungsszenario“, wie er es nennt. „Es könnte etwa so aussehen, dass sich die Staaten mit den größten Emissionen verpflichten, sich zwischen 2015 und 2020 zu Emissionsreduktionen zu verpflichten. Das wäre schon ein beachtlicher Erfolg“, sagte er.

Angesichts der düsteren Aussichten für den Gipfel in Durban appelliert der PIK-Chefökonom an die G20-Staaten, das Thema Klimaschutz unabhängig vom UN-Ver-

handlungsprozess in die Hand zu nehmen. Die Gruppe der 20 größten Industrie- und Schwellenländer stehe für 80 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. „Es wäre ein beachtlicher Erfolg, wenn diese Staaten eine intelligente und effiziente Plattform bildeten, um außerhalb der Klimarahmenkonvention Fortschritte bei der Reduktion der Emissionen zu erzielen“, sagte Edenhofer.

Der Forscher verweist auf das Ziel der G20-Staaten, Subventionen für fossile Energieträger abzuschaffen. Er sieht darin „eine solide Basis für funktionierende Mechanismen“. Die frei werdenden Mittel seien beträchtlich. Tatsächlich beziffert die Internationale Energieagentur die Subventionen für fossile Energieträger auf 409 Milliarden US-Dollar jährlich. Edenhofer regt an, dieses Geld etwa in Pilotprojekte zur Verpressung von CO₂ oder in die Förderung erneuerbarer Energien zu investieren.

ERREICHEN SIE ÜBER 90% DER WELTWIRTSCHAFT – IN WENIGER ALS 2 TAGEN.

Der Weltmarkt ist 18 Tausend Milliarden US-Dollar groß – und steckt voller Wachstumschancen. Mit 688 Flugzeugen bewegen wir die größte Luftfrachtflotte der Welt. Wir haben die Lösungen, um Sie mit Ihren Wachstumsmärkten zu verbinden. Wo immer diese sind. Und wo immer Sie sind.

Connect your business to a changing world. connect.fedex.com

© 2011 FedEx. All rights reserved.